

## Umsturz oder Neuanfang?

In dem offenen Brief an den Landesvorstand von Robert Jarowoy, Metin Kaya, Beate Reiss vom 3. März zum Thema Nichtwahl Dora Heyenns zur Fraktionsvorsitzenden unserer Bürgerschaftsfraktion heißt es einleitend:

„Wenn eine langjährige Fraktionsvorsitzende aus ihrer Fraktion austritt, weil sie nicht wieder zur Vorsitzenden gewählt wurde, würde dies doch wohl in jeder Partei als parteischädigendes Verhalten gewertet. Wenn der geschäftsführende Vorstand ihrer Partei dann ohne Berücksichtigung der Gründe eines mehrheitlichen Fraktions-Beschlusses diesen in einer Presseerklärung als "verheerendes politisches Signal, das durch die Fraktion angerichtet wurde." bezeichnet, fragt man sich, was das denn für ein verheerendes politisches Signal ist.“

Die akl-hh hat sich auf ihrer Sitzung am 9. März hinter diese Erklärung gestellt, weil sie den Vorgang der Wahl zum Fraktionsvorsitz nicht isoliert betrachtet, sondern die Vorgänge in einen größeren Zusammenhang stellt. Dabei sind nicht nur die Schwierigkeiten mit Doras Art der Fraktionsführung in der letzten Legislatur und ihre Nähe zur „Liste Links“ (eigentlich ja Liste Rechts) zu bewerten, sondern auch die Vorgänge in der Partei. Während sich die lilis ihre Argumentationen über die parteilichen Ereignisse nach Gutdünken interpretieren und dabei ihren Vorteil in den Vordergrund stellen – als wäre Dora ihre persönliche Abgeordnete – hat der geschäftsführende Vorstand offensichtlich die Lage in Partei und Fraktion falsch eingeschätzt. Die überhastete und überzogene Reaktion des geschäftsführenden Landesvorstandes hat dies offen gelegt. Die Ausrichtung des Wahlkampfes auf einen Ein-Personen-Wahlkampf hat entscheidend für die jetzige Situation beigetragen. Es kommt eher einen inquisitorischen Affekt gleich, wenn der geschäftsführende Vorstand von einem verheeren-

dem politischen Signal spricht. Wer diese großen vernichtenden Worte über die Fraktion ergießt, sollte mindestens auch Vorbild in der solidarischen Umgangsweise sein! Die Fraktion braucht Handlungsfähigkeit. Wem nützt das alles? Gibt es vielleicht innerparteiliche Sekten, die genau an der Nichthandlungsfähigkeit der Fraktion und der inneren "Zerfleischung" der Partei ein Interesse haben?

**Wir haben Robert gebeten für den „Aufbruch“ einen Kommentar zu schreiben, den wir im Folgenden abdrucken:**

Das immerhin sollte in unserer sozialistischen Partei doch wohl Konsens sein, dass es in erster Linie um den Einsatz für unsere im Parteiprogramm niedergeschriebenen Ziele geht, und nicht um persönliche Eitelkeiten, Beleidigungen und deren mediale Vermarktung zur Durchsetzung eigener Machtoptionen.

Was wir aber auch nicht vergessen sollten: in demokratischen Parteien werden Menschen geheim in Führungspositionen gewählt, wobei die Möglichkeit der Abwahl genauso gegeben sein muss wie die Wahl. Wenn das nicht so abläuft, wie "man" oder "frau" es sich zuvor ausgedacht und abgesprochen haben, ist das kein Putsch oder Königs/innenmord, sondern ein völlig normaler demokratischer

Vorgang, der genauso akzeptiert werden muss wie die z.T. überraschenden Verschiebungen in der Rangfolge der von den Parteien vor-

**Das nächsten  
AKL-Treffen**

findet am Montag,  
den 13. April um 19Uhr im  
Magda-Thurey-Zentrum, Lin-  
denallee 72 statt.

gegeben Plätze auf ihren Listen.

Dennoch kann man die Begleitumstände von Doras Position, Wahl und Nichtwahl nicht einfach als normalen Vorgang abtun und zur Tagesordnung übergehen.

Was also ist geschehen?

Dora ist im November bei der LDK mit 55% der Delegierten-Stimmen trotz ohne Gegenkandidatur nur mit Ach und Krach zur Spitzenkandidatin gewählt worden und hat selber eine Viertelstunde gezögert, ob sie diese Wahl überhaupt annehmen sollte. Einige oder vielleicht auch viele Delegierte sollen sie dann dazu gedrängt haben, die Wahl trotz des schlechten Ergebnisses anzunehmen.

Nun war es sicherlich ein Fehler, dass diejenigen, die mit ihrer Spitzenkandidatur offensichtlich nicht einverstanden waren, keine/n Gegenkandidaten/in ins Rennen geschickt hatten. Umgekehrt war es aber auch von Dora und ihren UnterstützerInnen vermessen, nach so einem katastrophalen Nominierungsergebnis nun unbeirrt auf die Tonne zu hauen und sie in Großplakaten als alleinige Spitzenkandidatin der Öffentlichkeit zu präsentieren.

Nicht nur, dass dies im Widerspruch zur bisherigen Praxis der Hamburger Linken stand, jeweils mit "Achtern" oder anderen Gruppenbildern in den Wahlkampf zu ziehen; es hätte Dora auch gut angestanden, sich selber in ihrer Position auf eine Doppelspitze zu reduzieren. Immerhin hatte sie dies im Juni 2012 beim Versuch ihrer gemeinsamen Kandidatur mit Dietmar Bartsch für den Bundesvorsitz unserer Partei auch getan. Im Hinblick auf die Bürgerschaftswahl nahm sie dann das Dichterwort aber wohl doch mehr zu ihrer Richtschnur:

Gott gab uns nur eine Nase,  
Weil wir zwei in einem Glase  
Nicht hineinzubringen wüßten,  
Und den Wein verschlappern müßten.

(Dieses Gedicht hat Olaf Walther verfasst und über facebook ins Internet gestellt)

Nun gut, Dora hat dann einen sehr engagierten Wahlkampf betrieben, der der Partei sicherlich geholfen hat. Zumindest in einigen Wahlkreisen. Allerdings nicht in ihrem, wo das zweitschlechteste Ergebnis von Hamburg (nicht nur absolut, sondern auch im Zuwachs) erzielt wurde, und auch nicht im Altonaer Kerngebiet, wo neben St. Pauli (und dem Kleinen Grasbrook) die mit Abstand besten Ergebnisse zustande kamen. Beim Zuwachs der Persönlichkeitsstimmen um insgesamt 1,6% Prozentpunkte haben übrigens alle wiederkandi-

dierenden Abgeordneten ähnliche Zuwächse erzielt (Heike 0,3%, Cansu und Dora jeweils 0,2%, Hakki, Mehmet und Christiane jeweils 0,1%).

Dass Dora als Spitzenkandidatin sehr viele Persönlichkeitsstimmen errang, ehrt sie zwar, ist aber bei anderen alleinigen SpitzenkandidatInnen nicht anders gewesen. Selbst der weder in seiner eigenen Partei noch von den WählerInnen wirklich gewollte Wersich gewann als CDU-Spitzenkandidat qua Funktion enorm viele Personenstimmen. (Scholz 737.000, Wersich 135.000, Suding 85.000, Fegebank 37.000, Heyenn 28.000).

Dass Dora ungefähr von der Hälfte der Partei und der von ihr geführten Fraktion nicht wirklich gewollt wurde, schlug sich dann in verschiedenen Abstimmungen im LaVo und in der neuen Fraktion nieder, wo es ganz offensichtlich keine koordinierten Absprachen gegeben hatte, sondern ein diffuses Unbehagen, das sich dann in Enthaltungen, Gegenstimmen und Fürstimmen niederschlug, wobei selbst Fürstimmen von Abgeordneten eigenen Aussagen zufolge abgegeben wurden, die sich zuvor öffentlich gegen Doras Alleinvorsitz ausgesprochen hatten. Die Empfehlung des LaVos hatte sich zunächst nur auf eine Doppelspitze ohne Präferenz für bestimmte Personen bezogen, war dann aber durch die Alternativ-Antragstellung "entweder Dora alleine oder Doppelspitze mit Dora" dahin gewendet worden, dass für viele nur die Entscheidung bestand, das größere oder kleinere Ungewollte wählen zu müssen. Bekanntlich fiel die Abstimmung dann für die Doppelspitze aus, was Doras Teilhabe daran beinhaltete. Diese Empfehlung ist in der gerade neu zusammengewürfelten Fraktion offenbar teils gewollt teils ungewollt untergegangen.

Bereits während der Fraktionssitzung berichtete NDR 90,3 stündlich über den aktuellen Stand der Diskussion, obwohl bei der Sitzung nur die Fraktion und der geschäftsführende LaVo zugegen waren. In der Woche danach überschlugen sich die medial in Szene gesetzten Interviews mit Dora, die sie zur verratenen Ikone der Linkspartei stilisierten, die nahezu im Alleingang kraft ihrer Ausstrahlung für das gute Wahlergebnis verantwortlich gewesen und nun schmähsch verurteilt worden sei.

Nun fragt sich der/die einfache Parteiaktivist/in, was eigentlich so schlimm daran gewesen wäre, wenn Dora nicht mehr Fraktionsvorsitzende, sondern "nur" Abgeordnete in der Bürgerschaftsfraktion gewesen wäre. Ist ein Leben, ohne

(sozialistische) Königin zu sein, für manche Menschen unzumutbar? Sollen sich all die Genossen/innen, die unentgeltlich und ohne Aussicht oder gar Anspruch auf einen Posten Wahlkampf für eine starke Bürgerschaftsfraktion unserer Partei gemacht haben, nun mit Dora in die Schmollecke in die letzte Reihe hinter der SPD setzen, aus der Partei austreten oder Interviews geben, in denen sie bekunden, wie unmenschlich unsere undankbare Partei mit ihrem Spitzenpersonal umgeht, wenn es von der dreifachen auf die einfache Abgeordneten-Diät herabgestuft wird? Hätten wir die Plakate denn nicht aufgestellt, keine Info-tische, keine linke Politik in den Bezirken und Stadtteilen betrieben, wenn wir gehnt hätten,

dass Sabine und Cansu statt Dora Fraktionsvorsitzende unserer Partei in der Bürgerschaft werden würden?

Früher haben wir gesagt: vorwärts im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes, vorwärts im Kampf für den Sieg des Sozialismus! Gleichwohl es heute und vielleicht auch damals schon ein wenig pathetisch klang, trauere ich den Zeiten nach, als es noch um solche Forderungen ging und diese uneigennützig und solidarisch "im Betrieb und an der Stempelstelle" vorgebracht wurden.

Robert Jarowoy

---

## ... ein wirklich verheerendes politisches Signal

Eine große Mehrheit der Bundestagsfraktion hat erstmals der Troikapolitik zugestimmt. Damit hat sie den Boden der internationalen Solidarität verlassen und ein verheerendes Signal an rot-rot-grün gesendet. Die akl-hh dokumentiert folgende Erklärung, der wir uns inhaltlich voll anschließen!

### **Ja zu Hilfe – Nein zur Erpressung Griechenlands durch Schäuble**

Persönliche Erklärung nach § 31 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages zum Antrag des Bundesfinanzministeriums für die Verlängerung der bestehenden Finanzhilfen zugunsten Griechenlands. Von Christine Buchholz, Inge Höger und Ulla Jelpke

Wir stimmen heute gegen den Antrag des Bundesfinanzministers Wolfgang Schäuble, weil er die griechische Regierung erpresst, den Schuldendienst an die Banken und die katastrophale Kürzungspolitik fortzusetzen. Schäuble und die Troika tragen die Verantwortung für das Verhandlungsergebnis, nicht die griechische Regierung, die mit dem Rücken an der Wand steht. Die Troika hat die Notlage der griechischen Bevölkerung ausgenutzt und mit erpresserischen Methoden den Handlungsspielraum der neu gewählten Regierung bei der Bekämpfung von Armut und sozialem Elend maximal eingeengt. Sie sind nicht bereit, das demokratische Votum der griechischen Wählerinnen und Wähler zu respektieren, die die neoliberale Politik der Troika von IWF, EZB und EU am 25. Januar abgewählt haben.

1. Griechenland bekommt weiterhin Geld nur gegen harte Auflagen, die von der Troika – Inter-

nationaler Währungsfonds (IWF), Europäische Zentralbank (EZB) und Europäische Kommission – vorgegeben und kontrolliert werden. Denn die Bewertung der umgesetzten Maßnahmen »obliegt den Institutionen« – wie die Troika nun genannt wird. Die griechische Regierung musste sich verpflichten, keine »einseitigen« Schritte zu unternehmen.

2. Die EU zwingt Griechenland, den Schuldendienst an die europäischen Banken und Institutionen zu bedienen statt die humanitäre und soziale Katastrophe im Land zu bekämpfen. Die Gelder aus den bisherigen »Rettungspaketen« sind zu 96 Prozent in den Schuldendienst an die europäischen Banken zurückgeflossen. Alle Haushaltsüberschüsse – auch jene, die durch die Besteuerung der Reiche erzielt werden – sollen weiterhin automatisch in den Schuldendienst gehen.

3. Alle Maßnahmen, die die humanitäre Katastrophe lindern sollen, stehen unter dem Vorbehalt der Zustimmung durch die Troika, ebenso die Anhebung des Mindestlohnes. Zynisch ist, dass die EU die griechische Regierung gezwungen hat zu unterschreiben, dass die Bekämpfung der humanitären Krise zum Beispiel durch Lebensmittelmarken »nicht die Haushaltslage beeinträchtigen

wird«.

4. Die griechische Regierung wurde darauf verpflichtet, keine laufenden Privatisierungen rückgängig zu machen und dafür Sorge zu tragen, dass »die Lohnkosten im Öffentlichen Dienst nicht steigen«. IWF und EZB haben bereits angekündigt, dass sie die vier Monate nutzen wollen, um die »Öffnung« des staatlichen Sektors für weitere Privatisierungen zu verhandeln.

Die Politik der Troika hat bereits zu einer humanitären Katastrophe geführt. Unter ihrem Druck mussten zum Beispiel 40 Prozent der griechischen Krankenhäuser schließen.

Solidarität mit der Bevölkerung in Griechenland und mit der griechischen Regierung heißt für uns, maximalen Druck auf der Straße, aber auch im Parlament auf Merkel und Schäuble aufzubauen. Mit unserem NEIN zum vorliegenden Antrag von Schäuble und der Erpressung durch die EU möchten wir die Solidarität mit Griechenland

und den Widerstand gegen Sozialkürzungen in Griechenland und anderswo stärken. Eine wirkliche Atempause für die griechische Bevölkerung wäre ein Schuldenschnitt und Kredite ohne neoliberale Auflagen.

Syriza ist es mit ihrem Wahlsieg gelungen, Millionen von Menschen Hoffnungen auf ein Ende des Kürzungsdiktats und auf soziale Verbesserungen zu machen. Syriza hat eine Debatte über einen Kurswechsel in Europa angestoßen. Daran arbeiten wir gemeinsam weiter. Zusammen stehen wir vor der Herausforderung, die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in Europa zu verändern.

Bereits im November 2012 haben wir das Griechenland-Paket abgelehnt. Aus denselben Gründen stimmen wir heute erneut gegen die Auflagen, die an die Verlängerung der Kredite gebunden sind.

Berlin, 27. Februar 2015

Christine Buchholz, Inge Höger, Ulla Jelpke

### **Keine Null – Euro – Jobs**

#### **Ackern für null Euro: Nein Danke!**

Die SPD will unter dem Schein der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt 500 Stellen schaffen, für die nicht einmal mehr eine Aufwandsentschädigung gezahlt wird.

Wieder einmal übernimmt eine SPD Regierung die Vorreiterrolle bei einer unsozialen Beschäftigungspolitik. Statt tariflich abgesicherte

Arbeitsplätze zu schaffen, setzt die SPD die Träger, die diese Maßnahmen durchführen sollen unter Zugzwang. Leider ist diese Politik oft Wasser auf die Mühlen mancher freier und öffentlicher Träger.

#### **Die 0-€-Jobs ist in Wahrheit Kürzungspolitik auf dem Rücken der Armen!**

DIE LINKE ist die einzige Partei, die sich gegen diese unsoziale Politik zur Wehr setzt und menschenwürdige Arbeit und eine aktive Beschäftigungspolitik fordert.

[Wir machen diese Flugblattaktion, um aktiv die 0-€-Jobs zu verhindern. Deshalb bitten wir alle die von solchen Maßnahmen betroffen sind sich bei uns zu melden.](#)

Mit diesem Flugblatt hat die akl-hh sich am Bürgerschaftswahlkampf beteiligt. Wir haben zielgruppenorientiert dies vor den Jobcentern verteilt. In diesem Fall halten wir den Spruch: „Nach der Wahl, ist vor der Wahl.“ Für völlig angebracht. Leider ist uns mit Meinulf Kröhn unsere Fachkraft und Anlaufstelle verloren gegangen.

Wir fragen nun, wer diese Lücke füllen kann und will. Gerne machen wir auch ein Flugblatt und die entsprechenden Aktionen unter dem Label der Partei.

